

KARL-HEINZ GUTZMANN

Wiedervereinigung: Problem der Zukunft und der Jugend

I.

In vielen Anträgen und Entschlüssen, welche zu Gewerkschaftstagen und DGB-Kongressen eingebracht wurden, nachdem man sie vorher in den Versammlungen der Mitglieder oder in den Konferenzen der Jugend diskutiert hatte, spiegelt sich der Wille der Gewerkschaftsmitglieder in bezug auf die Wiedervereinigung.

Dieser Ausdruck des Willens der Gewerkschaften und letzten Endes des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat, wie alles von den Gewerkschaften Kommende, nicht viel Zustimmung, sondern oftmals viel mehr Gleichgültigkeit derer, die es angeht, aber noch viel mehr Zweifel und Mißtrauen ihrer Gegner zu überwinden gehabt, welche ständig jeden nur halbwegs geeigneten Anlaß benutzen, um das Vertrauen der westdeutschen Arbeitnehmer zu den bestehenden Gewerkschaften zu untergraben, weil sie so besser zu ihrem Ziele zu gelangen meinen, nämlich über die Steigerung der wirtschaftlichen zu einer nicht mehr zu zügelnden politischen Macht zu kommen. Läßt man diese Kreise außer Betracht, so sind doch sicherlich manche der auftretenden Zweifel echt und darum einer Untersuchung wert.

WIEDERVEREINIGUNG — PROBLEM DER JUGEND

Zur Wiedervereinigung war die Meinung aller Delegierten des V. DGB-Kongresses klar. Man will sie! Über den Weg aber, den man zu ihr finden oder gar beschreiten will, wurde leidenschaftlich diskutiert, als der Antrag 12 des Bundesjugend-Ausschusses, so beschlossen von den Delegierten der letzten Bundesjugend-Konferenz in Kassel im Mai 1959 und verbessert von der Antragskommission des Bundes-Kongresses, zur Diskussion stand.

Die Leidenschaft, mit der gesprochen wurde, beweist immerhin, daß es um eine Sache ging, welche das Gefühl der Delegierten erregte. In der Argumentation aber reichte die Skala der Bewertung der Diskussionsbeiträge von der fröhlichen Siegesgewißheit zugunsten der Sache der Freiheit bis hin zur Resignation und Ausweglosigkeit.

Die geistige Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen wird aber auch in Westdeutschland nicht ausbleiben, selbst dann nicht, wenn man ihr auszuweichen sucht. Die Zeit des Höhepunktes vermag sicherlich ebensowenig jemand zu bestimmen wie ihren Ausgang. Das ändert nichts an der Tatsache, daß der besser Gerüstete im Vorteil ist, erst recht, wenn er sich im Angriff befindet. Das gilt wie für alle, so auch für die Auseinandersetzung des Geistes, hier vielleicht mehr als irgend sonst. Ältere Gewerkschaftsgenerationen geben der klugen Vorsicht den Vorzug. Die kluge Vorsicht und weise Voraussicht aus der Lebenserfahrung sind menschlich wie der Angriffswille, die Ungeduld und das Ungestüm der Jugend und beide, Jugend und Alter, unterliegen dem menschlichen Irrtum, welcher von der Geschichte erkannt werden wird.

Erfahrung regt aber nicht nur den Geist an, sondern erregt auch das Gefühl. Erfahrung mit der Unfreiheit, sowohl der des Faschismus als auch der des Kommunismus, mag die Haßgefühle der Menschen erregen. Dieses Gefühl aber, so berechtigt es auch sein mag, darf nicht der Ursprung politischen Handelns sein angesichts der Tatsache der Existenz fürchterlicher Vernichtungsinstrumente, welche das Sein der Menschen und ihre Gesellschaft bedrohen. Hier muß jetzt der Geist wirken. Er muß Möglichkeiten finden, die durch ihn geschaffenen Waffen ruhen zu lassen. Der Geist des Menschen muß jetzt seine Waffe werden, mit der er sich nicht nur seine Zukunft, sondern seine Existenz überhaupt erkämpft. Wo der Mensch nicht mehr existent ist, ist die Freiheit ein leerer, wertloser Begriff; denn worauf bezieht sich der Wert der Freiheit, wenn nicht auf den lebenden Menschen? Für die Begriffe dieser Welt ist der Tod Unfreiheit; denn er nimmt dem Menschen die Möglichkeit der Entscheidung. So wollen sicherlich die gewerkschaftlichen Entschlüsse zur Atomfrage verstanden sein und nicht etwa als Resignation vor dem Bolschewismus, wie einige argwöhnen. Der Gewerkschaftsjugend genügt nicht die Wahl zwischen zwei Unfreiheiten. Sie will leben und sie will frei sein, und sie meint, sich ihre Freiheit erkämpfen zu müssen mit der Waffe des Geistes, weil sie eben der Unfreiheit des Todes ebensowenig verfallen will wie der des Kommunismus. Die Gewerkschaftsjugend will den Angriff der Freiheit und nicht nur ihre Abwehr gegen den Kommunismus, sie will tätig sein für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Das Warten bekam sie gelehrt, das aussichtslose Warten sogar. Gesetz über Gesetz wurde verabschiedet, aber die Jugendgesetze scheinen es den Parlamentariern unserer Demokratie nicht wert zu sein, verabschiedet zu werden. Die Gewerkschaftsjugend lernte beschließen über Anträge und Entschlüsse, sie lernte für ihre Sache demonstrieren, und sie lernte die Erfolglosigkeit solcher Unternehmungen kennen. Auch diese Erfahrungen der Jugend dürfen sie nicht zu gefühlsmäßig begründeten Rückschlüssen verleiten. Der Verstand muß obsiegen. Der Beweis des Vorranges des Verstandes vor dem Gefühl ist erbracht, denn es wäre von Seiten der Jugend falsch, nur wegen dieses Umstandes aus einem Gefühl des Hasses oder der Enttäuschungen heraus nicht mehr an den Wert der freiheitlichen Demokratie für den Menschen zu glauben.

In Kassel suchte die Gewerkschaftsjugend neue Wege zur Verwirklichung der Wiedervereinigung. Sie forderte in bezug auf die Wiedervereinigung z. B. Kontakte, letzten Endes also das Tätigwerden der Gewerkschaften in einer für sie lebenswichtigen Frage. Sie ist dabei nicht unbesonnen, denn sie will gewissermaßen ins Manöver ziehen, um die Waffen ihrer Argumentation, welche sie gebrauchen gelernt hat, zu erproben und auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen. Sie will darüber hinaus die Argumente des Gegners kennenlernen. Für eine geistige Auseinandersetzung will sie die Chance haben, durch eigene Kraft und Verantwortung und mit eigenen Waffen und Argumenten zu siegen.

II.

Es wäre töricht zu glauben, daß ohne Schwierigkeiten Kontakte gepflogen werden könnten, und es wäre verantwortungslos, Jugendfunktionäre dem Terror des SBZ-Regimes auszuliefern. Es ist aber zweckmäßig, gleichwertige Chancen anzubieten und in jedem Falle sich bietende Gelegenheiten zu suchen. Die Frage der Möglichkeit ist sicherlich eine Frage der Taktik, vielleicht auch eine der Zeit. Das Tätigwerden der Freiheit ist ein Erfordernis, begründet in dem Willen zur Wiedervereinigung, und die Wiedervereinigung ist eine Frage des Glaubens an die Zukunft der Freiheit zugunsten Gesamtdeutschlands. Ist dieser Glaube der Gewerkschaftsjugend wirklich so unerhört? Es kommt darauf an, mit welchen Maßstäben das Wollen der Gewerkschaftsjugend gemessen wird. Weniger spielt dabei eine Rolle, ob der angelegte Maßstab rücksichtsvoll oder unbarmherzig ist. Vielmehr sind die Bezogenheit dieses Maßstabes und sein Ursprung von Bedeutung. Sicherlich ist es ein Verdienst der westdeutschen Gewerkschaften, durch ihr ständiges Mahnen mit dazu beigetragen zu haben, daß die Sache der Wiedervereinigung sowohl in Westdeutschland als auch in der Welt nicht in Vergessenheit geriet. Wenn hier aber von einem Verdienst die Rede sein kann, so darum, weil die Gefahr des Vergessens gerade auch in unserer Gesellschaft in erheblichem Umfange vorhanden ist. Auch diese Tatsache und ihre Gründe sollten einer ernsthaften Betrachtung wert sein.

Der Teil des deutschen Volkes, welcher die Unfreiheit spürt und unter ihr leidet, wird sicherlich eine tiefere Beziehung zu dem Begriff „Wiedervereinigung in Freiheit“ haben als jener Teil, welcher intensivst in verhältnismäßig großer persönlicher Freiheit der Erhaltung seines Lebensstandards nachstrebt oder aber auch, wie beispielsweise die Funktionäre der westdeutschen Gewerkschaften, in Freiheit an der Verbesserung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in einer freiheitlichen Demokratie arbeiten kann.

Sicherlich waren auch für Westdeutschlands Bevölkerung die Jahre des Nationalsozialismus Jahre der Unfreiheit. Die üblen Erfahrungen aber aus jener Zeit unterliegen der gefährlich verharmlosenden Wirkung der Erinnerung. Wenn auch diese Tatsache für den Einzelmenschen die Möglichkeit der Erleichterung beinhaltet, so ist sie doch — politisch gesehen — von recht zweifelhaftem Wert. Mit Erschrecken muß festgestellt werden, daß breiteste Schichten der westdeutschen Bevölkerung von der von ihnen genossenen Freiheit einen nur sehr kleinen und verhältnismäßig unsicheren Begriff haben. Wahrscheinlich wird im allgemeinen die Freiheitlichkeit unserer Gesellschaftsordnung mehr gefühlsmäßig empfunden als geistig begriffen. Auf Grund dieser Tatsache scheint sich auch die westdeutsche Wiedervereinigungspolitik, aber auch die Stellungnahme vieler DGB-Delegierten beim letzten Bundeskongreß erklären zu lassen.

Ihre Ausnahme bestätigt die Berliner Bevölkerung, welche angesichts der Bedrohung ihrer Freiheit spontan an den letzten Maikundgebungen im freien Teil Berlins teilnahm, gleichgültig ob organisiert oder nicht. Demgegenüber machte sich in weitesten Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder die Meinung breit, daß es durchaus gewerkschafts-

WIEDERVEREINIGUNG — PROBLEM DER JUGEND

lichere Parolen gäbe als die, welche durch das Maiabzeichen, den Berliner Bären, symbolisiert wurde.

Was der Staat, die Einrichtung der Gesellschaft, in seinen Schulen — gleich welcher Art sie sind — bisher versäumt hat, das betrachteten die Gewerkschaften als ihre Verpflichtung. Ein verhältnismäßig umfangreiches Schulungs- und Bildungsprogramm lehrte vor allen Dingen die Gewerkschaftsjugend, politische Tatsache zu erkennen und sich mit ihnen in einem Maße auseinanderzusetzen, in welchem es die westdeutsche Jugend gemeinsam noch nicht vermag.

Hier zeigt sich sicherlich gewerkschaftliche Aktivität im Sinne der Wiedervereinigung. Auch gibt es noch mancherlei andere Tätigkeiten, die ihr dienen sollen. Gemessen aber an ihrer Problematik reicht alles zusammengenommen nicht aus, um wirksam auf die Verwirklichung der Wiedervereinigung Einfluß zu nehmen.

Es ist eine Tatsache, daß die Macht des Wählers auch in einer Demokratie in erheblichem Maße mißbraucht werden kann. Mit bewundernswerter Geschicklichkeit verstehen es die wirtschaftlichen und auch politischen Gegner (oder Partner) der Arbeitnehmer in Westdeutschland, die Wähler von der Verwirklichung sozialer oder wirtschaftlicher Verbesserung abzubringen. Hier setzt die Kritik der überwältigenden Mehrheit der Gewerkschaftsjugend ein. Sie sieht, wie das Warten auf die Wiedervereinigung, wie alles andere sich in unserer Gesellschaft zu einem guten Geschäft entwickelt, dessen Erträgnisse man möglichst lange kosten möchte. Sie erkennt, daß alle Aktionen der Art wie die: „Macht das Tor auf“ weniger der Wiedervereinigung und mehr der innerpolitischen Tätigkeit dienstbar gemacht werden. Sie¹ glaubt auch (das beweist die Diskussion in Kassel), daß alle erfolversprechenderen Aktionen als die, welche von opportunistischen Spekulanten der westdeutschen Innenpolitik gutgeheißen werden, zu Unfruchtbarkeit verurteilt sind dadurch, daß sie als außerordentlich gefährlich bezeichnet werden.

Die teilweise-gezüchtete oder mindestens sehr stark begünstigte Kommunistenangst in Westdeutschland ist heute zu einem nicht mehr übersehbaren Faktor der öffentlichen Meinung geworden. Es wäre verantwortungslos, würden führende Gewerkschaftsfunktionäre diesen Umstand übersehen. Es ist aber ebenso verantwortungslos, dieser beklagenswerten Entwicklung tatenlos zuzusehen. Hier muß die Aktivität der Gewerkschaften zugunsten der Wiedervereinigung einsetzen. Hier muß auf die öffentliche Meinung eingewirkt werden und auch auf die grundsätzliche Einstellung von Funktionären. Zur Verwirklichung einer großen Sache oder auch zur Lösung schwieriger Probleme hat nie die Angst verholten, sondern immer nur der Mut, welcher sich aus Erkenntnis ergab. Die Idee der Gewerkschaftsjugend in ihrem Antrag 12 an den Bundeskongreß war nicht nur die Erreichung von Kontakten, sondern auch die Überwindung der allgemeinen und unbegründeten Kommunistenangst. Bereits vor ihrem Verbot spielte die Kommunistische Partei in der Bundesrepublik politisch keine Rolle mehr. Dieser Tatsache sollte, wo immer es darauf ankommt, Rechnung getragen werden. Der Wert der gewerkschaftlichen Unternehmungen zugunsten der Wiedervereinigung mißt sich letzten Endes — wie alles gewerkschaftliche Tun — an dem Maßstab des Erfolges, der ihnen beschieden ist.

III.

Die Frage der Wiedervereinigung ist nicht zuletzt auch eine Frage des Preises. Der Osten fordert die Wiedervereinigung Deutschlands unter der Vorherrschaft des Kommunismus. Dieser Preis, die Freiheit nämlich, kann und darf nie gezahlt werden. Das ist der Wille der Gewerkschaften. Gleichzeitig aber verfügen sie über die Erkenntnis, daß der Kommunismus Mitteldeutschland nie aufgeben wird, wenn er nicht dazu gezwungen wird. Wenn der Zwang gegenüber dem Kommunismus Mitteldeutschlands aber nicht

herbeigeführt werden kann durch militärische Aktionen, welche die Existenz der in Europa lebenden Menschen gefährden, so bleibt lediglich die geistige Auseinandersetzung. Gerade hier liegt die Problematik der Wiedervereinigung, und darum befürchtet die Jugend der Gewerkschaft die Unzulänglichkeit bisheriger gewerkschaftlicher Tätigkeit in ihrem Sinne. Die Zurückhaltung der Gewerkschaften von jeder wirklichen Aktivität beweist nach ihrer Meinung den Mangel des Glaubens an die Macht des Geistes. Nicht Aufstand gegen den herrschenden Kommunismus, sondern die geistige Durchsetzung seiner Träger in der Zukunft mit dem überzeugenden Element der Freiheit als einem sittlichen Wert ist die Möglichkeit der Wiedervereinigung, wenn beharrlich an ihr gearbeitet wird.

So also ergibt sich die Forderung des Aktivwerdens für die Freiheit in Westdeutschland in erster Linie. Die Unterwanderung kommunistischer Ideen durch die Idee freiheitlichen Geistes mit dem Ziele der Aufweichung der Herrschaft des Kommunismus ist eine schwierige Aufgabe. Sie wird alle Macht ihrer Argumente, die durch politische Tatsachen als richtig erwiesen sein müssen, erfordern. Welche Zeit für die Verwirklichung dieses Vorsatzes erforderlich ist, dürfte kaum abzusehen sein. Der Erfolg der Aktionen in diesem Sinne aber muß durch den größtmöglichen Einsatz aller freiheitlich geistigen Kräfte bewirkt werden. Eine solche Verhaltensweise wäre jedenfalls in ihrer Zielstrebigkeit erfolversprechender als das große Maß der bisherigen Zurückhaltung.

Bisher sprach man immer nur von der Unterwanderung durch den Kommunismus. Mit diesem Begriff verbindet man im allgemeinen gar kein Risiko auf der anderen Seite, obwohl ein solches auch vorhanden ist. Außer Zweifel steht, daß das Risiko des Einsatzes von unserer Seite her größer ist, angesichts der Rechtsstaatlichkeit auf unserer und des Terrors auf der anderen Seite. Trotzdem stimmt dieses Argument, das gegen die Auffassung der politischen Jugend Westdeutschlands vorgebracht wird, nur bedingt.

Man muß erkennen, daß in Deutschland zwei Staatsgebilde bestehen, welche nicht willens sind, einander anzuerkennen. Sicherlich ist an dieser Haltung auch gar nichts falsch, vielmehr ist sie der Ausdruck dessen, was tatsächlich ist. Falsch wäre dieses Verhalten erst, wenn man sich für alle Ewigkeit darauf festlegen wollte. Wenn beide Staaten sich nicht anerkennen können, so können sie demzufolge nicht einmal über gegenseitige Freizügigkeiten miteinander sprechen.

Hier ist vorab einmal der Hebel anzusetzen. Gesellschaftliche Institutionen sollten um der Menschen willen diese Aufgabe des Staates übernehmen. Auch könnte sicherlich einiges über den Weg der Diplomaten befreundeter Länder wenigstens versucht werden. Solche Versuche allein würden die Glaubwürdigkeit des Ernstes, mit dem wir unser Anliegen vortragen, sowohl dem Auslande als auch uns selbst gegenüber stärken, die Glaubwürdigkeit derer aber, die bei jedem geringsten Anlaß das Anliegen der Wiedervereinigung in der SBZ herausstellen und es gleichzeitig mit Reisebeschränkungen und Terror zu behindern versuchen, bei ihren eigenen Anhängern stark erschüttern.

Es wäre abwegig zu glauben, das SBZ-Regime habe keine Anhänger; es wäre ausgesprochen dumm anzunehmen, die Zahl dieser Anhänger würde in der Zukunft automatisch kleiner werden. Jede Diktatur verschließt ihre Grenzen gegen gefürchtete äußere Einflüsse und jede Diktatur ist hinsichtlich der Bildung der Jugend nicht sparsam. Das SBZ-Regime verhält sich auch so, und der Erfolg wird sich zeigen. Die im kommunistischen Sinne erzogene Jugend ist sicherlich der eigenen Sache gegenüber kritisch, sie ist es aber in gleichem Maße auch — und das leider allzuoft nicht unberechtigt — der unseren gegenüber.

Die im kommunistischen Sinne erzogene Jugend, die im echten Sinne Jugend, aber noch lange nicht kommunistisch ist, wartet auf den Beweis der Ernsthaftigkeit unserer

Bemühungen. Da, wo sie enttäuscht wird, entsteht vielleicht ein in der Zukunft nicht wiedergutzumachender Schaden.

Die Erringung der Glaubwürdigkeit bei der Jugend wäre der erste Sieg der Offensive der Freiheit. Dieser Sieg könnte für die Zukunft von ungeheurer Bedeutung sein, dann nämlich, wenn die Kritik der SBZ-Jugend zum Zuge kommt und die geistigen Auseinandersetzungen ihrem Höhepunkt entgegengehen. Die Ausgangsbasis der zukünftigen Streiter für den Kommunismus muß, will man morgen eine reale Chance haben, heute schon von uns mitbestimmt werden.

Der Handel mit der SBZ bedingt angesichts der Tatsache, daß in Mitteldeutschland eine zentralistische Planwirtschaft besteht, Gespräche mit Funktionären. Sicherlich sind solche Gespräche geführt worden. Der Handel dient denen, die ihn betreiben, zum Erwerb. Für diesen Erwerb waren Kontakte zweckmäßig. Da, wo es aber um den Menschen, wo es um die Freiheit geht, scheut man den Einsatz, scheut man das Gespräch auch mit dem Menschen, der Funktionär ist? Die sowjetzonale Jugend muß glauben, daß Freiheit nur noch mit Geschäft in Einklang zu bringen sei, daß dem Erwerb alles untergeordnet ist. Lieferten wir mit unserer mangelnden Aktivität nicht geradezu Argumente für unsere demagogischen Gegner? Damit aber bringen wir unsere gute Sache von vornherein in eine sehr ungünstige Position bei all denen, mit denen wir uns werden auseinandersetzen müssen und auch können. Die Jugend fordert für ihre Mission eine bessere Ausgangsbasis. Diese wird sich aber nicht ergeben. Sie muß geschaffen werden.

IV.

Man sagt der heutigen Jugend nach, sie sei realistischer, skeptischer, als je zuvor eine Jugend war. Wenn dies richtig ist, so gilt es auch für die Gewerkschaftsjugend wie für die politische Jugend überhaupt. Darum verlangt sie nicht, sich Mitteldeutschland zu erwandern und auch einmal die Möglichkeit zu haben, es zu sehen und kennenzulernen. An dem Begriff der heutigen Jugend gemessen, wäre das sentimental. Die politische Jugend sucht nicht das Abenteuer in der Romantik der Natur, das Lagerfeuer, kurz alles, was zur vergangenen Jugendbewegung gehörte. Sie sucht das geistige Abenteuer, sie sucht die Möglichkeit geistiger Bewährung und das Betätigungsfeld für eine gute, gerechte Sache. Es wäre unnatürlich, fehlten diesem Drang der Jugend gegenüber nicht die zurückhaltenden Bedenken älterer Generationen. Vielfach aber sind diese Bedenken entstanden aus Motiven, welche der Sache nicht dienlich sind. Da ist zum Beispiel die Unsicherheit aus der mangelnden Erkenntnis oder aber auch der mangelnde Mut zum Risiko. Diese Gründe müssen, soll die freiheitliche Demokratie in Deutschland eine Zukunft haben, überwunden werden durch intensive Bildungsarbeit. Es ist erschreckend festzustellen, wie wenig z. B. Schüler — nicht nur der Volksschulen — über die Gesellschaft, ihre Ordnungsprinzipien, ihre Einrichtungen wissen. In fast gleichem Maße gilt dies für die älteren Mitglieder unserer Gesellschaft.

Für viele Mitglieder unserer Gesellschaft ist die Freiheit, in der sie leben und die sie genießen, ein leerer Begriff geblieben. Sie genießen sie zwar in vollen Zügen, aber sie sind sich ihrer nicht bewußt. Diese Tatsache ist ein ernsthaftes Problem, das zum Zwecke der Ermöglichung von geistigen Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus vorher gelöst werden muß. Die Aktualität dieses Problems wird sich steigern mit dem ständigen Wachsen des Lebensstandards in Mitteldeutschland. Man würde die Augen vor einer Tatsache verschließen, wenn man von vornherein annehmen wollte, der Lebensstandard im kommunistisch beherrschten Mitteldeutschland bliebe immer weiter unter dem Westdeutschlands. Es ist den Zonenmachthabern längst klargeworden, daß sie trotz aller Maßnahmen des Terrors auf die Dauer von der öffentlichen Meinung, vor allen Dingen von ihrem weniger beeinflussbaren Teil, nicht unabhängig sein wer-

den. Sie werden also zugunsten der Verwirklichung ihres Zieles, die Errichtung eines kommunistischen Gesamtdeutschlands, versuchen, den Lebensstandard Westdeutschlands zu erreichen, ja ihn sogar zu überbieten. Hier liegt die Gefahr. Der westdeutsche Bundesbürger sieht seinen verhältnismäßig guten Lebensstandard als eine Folge und als Ausdruck des freiheitlichen Prinzips an. Es ist weitesten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung nicht bewußt, daß mit dem Prinzip der sogenannten freien Marktwirtschaft das Problem der Konjunkturen und Krisen eng verbunden ist. Hier ergibt sich die Frage danach, wie der westdeutsche Bundesbürger für die Freiheit argumentieren wird, wenn der Lebensstandard der kommunistisch regierten Länder oder aber auch der SBZ gut sein wird, die Wirtschaft aber der freien Länder Europas beispielsweise in die Zeit struktureller Krisen geraten ist, die zwar nicht unabänderlich sind, aber bei der derzeitigen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung eintreten können. Bei größerer Einsicht, bei Beobachtung der konjunkturellen Entwicklungstendenzen und daraus sich ergebender zielklarer Konjunkturpolitik sowie auch bei rechtzeitigem Erkennen struktureller Veränderungen in der Wirtschaft und entsprechend anzusetzenden langfristigen Maßnahmen könnte eine kritische Entwicklung in der Bundesrepublik verhindert werden, und somit könnte es dann auch bei der primitiven Argumentation für die freiheitliche Gesellschaftsordnung bleiben. Dies stimmt aber nur dann, wenn die Gewerkschaften in Zukunft in ihren Bestrebungen Erfolg haben bei der Erhöhung des Gerechtigkeitsgehaltes unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung auch hinsichtlich der Verteilung der Einkommen und der politischen Macht. Darauf können die Gewerkschaften nicht verzichten. Demzufolge ergibt sich die Forderung nach einer geistigen Mobilmachung unserer Gesellschaft, vor allen Dingen der Arbeitnehmer. Nur durch sie kann dieses Ziel erreicht werden. Auch diese Aufgabe wird nicht schon morgen gelöst sein. So dürfte also anzunehmen sein, daß, wenn man schon die Zusammenhänge zwischen der westdeutschen Politik gemeinhin mit der der Wiedervereinigung im besonderen erkennt, eine Fülle von Aufgaben erfüllt werden muß.

Die Tätigkeit zur Lösung der genannten Probleme macht uns glaubwürdiger. Von der Glaubwürdigkeit aber wird ein großer Teil des Erfolges gerade in der Zukunft abhängig sein. Offenbar werden aber muß immer wieder der Wille zur größtmöglichen Aktivität. Diese Aktivität wird gewertet als der Ausdruck unseres festen Glaubens an den Erfolg und auch des Willens zum Erfolg.

V.

Die Aussichtslosigkeit, in die die Frage der Wiedervereinigung auch bei Gewerkschaftsfunktionären der deutschen Gewerkschaften geraten ist, wirkt lähmend. Dies gilt für die gesamte Situation westdeutschen Denkens in dieser Frage.

Wenn gerade auch das Problem der Wiedervereinigung von der westdeutschen politischen Jugend mit Leidenschaft und mit der ganzen Kraft, die sie hervorzubringen vermag, diskutiert wird, so bezeugt dies das Wissen der Jugend um die Aufgaben der Zukunft. Niemand glaubt, daß die Wiedervereinigung schon in naher Zukunft erfolgen wird, auch wenn man sich den Anschein geben mag. Man weiß, daß die Zeit für die Wiedervereinigung noch nicht reif, daß sie aber für den Kampf um die Wiedervereinigung bereits angebrochen ist. Dieses Bewußtsein ist sowohl in West- als auch in Mitteldeutschland vorhanden.

Wenn die Wiedervereinigung ein Problem der Zukunft ist, so wird sich gerade die Jugend beider Teile Deutschlands zu Recht dieses Problems besonders annehmen. Dies gilt wiederum für beide Teile Deutschlands. Für die westdeutsche Jugend ergibt sich dabei sofort die Frage: *Wie steht es um die Jugend Mitteldeutschlands?* Jede Diktatur schließt sich nach außen hin ab. Demzufolge informiert sich die mitteldeutsche Jugend einseitig. Trotzdem handelt es sich bei ihr nicht um eine marxistische Jugend, sondern

um eine Jugend mit marxistischen Tendenzen als Folge der Bildungsmethoden, welchen sie ausgesetzt war.

Das positivste Element der Jugend in Mitteldeutschland ist ihre Skepsis. Hier liegt die Chance für die Wiedervereinigung. Die Tendenz jugendlichen Denkens ist noch nicht entscheidend für die Zukunft. Entscheidend für die Zukunft dürfte aber sein, inwieweit man der der Jugend hüben und drüben eigenen Skepsis, welche auch in der SBZ — nicht nur durch die akademische Jugend — geäußert wird (wenn auch nicht in einem Sinne, der unseren Wünschen voll und ganz entsprechen mag), geeigneten Nährboden geben wird durch die Möglichkeit des Vergleiches.

Bekannt ist, daß das Vergleichen, das durchaus nicht im Sinne der Zonenmachthaber liegt, unter den dortigen Begriff „Kapitalistische Infiltration“ fällt. Diese „Infiltration“ fällt bereits unter die Auswirkungen kommunistischen Terrors. Dementgegen steht aber die Tatsache, und das mag man am Beispiel des 17. Juni erkennen, daß das Maß des Terrors sehr stark von der öffentlichen Meinung abhängig ist. Die Infiltration, wenn man diesen Ausdruck übernehmen will, wird von den Zonenmachthabern als Gefahr, von Westdeutschland aber nicht als Chance erkannt. Die Jugend Mitteldeutschlands wird in Zukunft der Träger von Funktionen und Ämtern sein. Sie wird versuchen, ihre Kritik umzusetzen in Streben nach besserem, freiheitlicherem Kommunismus. Sie wird sicherlich nicht streben nach einer Gesellschaftsordnung ähnlich der in der Bundesrepublik. Wie wertvoll für sie die Möglichkeit des Vergleichs ist, ist abhängig von der Qualität und dem Wirklichkeitsgehalt der Argumente der Freiheit. Diese Argumente müssen aber bekannt sein, wenn ein Vergleich überhaupt angestellt werden soll. Die westdeutsche Gewerkschaftsjugend ist der Überzeugung, daß noch die schlechtesten Argumente für die Freiheit weitaus überzeugender sind als die besten Argumente, welche für den Kommunismus und seinen Terror sprechen könnten.

Mit den zur Zeit amtierenden SED- oder FDGB-Funktionären gibt es keine Diskussion. Sie herrschen, ohne daß sie je im untersten Bereich der Gesellschaft durch die Diktatur des Proletariats beherrscht worden sind. Sie fühlen selbst den Druck ihres eigenen Terrors gar nicht oder erst dann, wenn es zu spät ist und sie jegliche Macht und Einflußmöglichkeiten verloren haben. Sie fühlen ihn erst dann wieder, wenn sie auf die Vorzüge aktiver Macht verzichten müssen. Anders die Machthaber von morgen. Sie werden sicherlich nicht alle in gleichem Maße das auf sie einwirkende freiheitliche Element mit verarbeiten, aber sie werden sich auch nicht restlos diesem Einfluß widersetzen können, es sei denn, sie würden zu Übermensch gemacht werden; das dürfte aber nicht in Betracht kommen.

Man mag darüber streiten, ob der Mensch ein Produkt seiner Umgebung ist. Über jeden Zweifel ist die Tatsache jedoch erhaben, daß der Mensch vielen Einflüssen, denen er ausgesetzt ist, folgt, mindestens aber in starkem Maße von ihnen beeinflußt wird. Einflüsse, welchen er ausgesetzt war, werden sich in seiner schöpferischen Tätigkeit, in seinem Handeln, in seiner ganzen Tendenz auswirken, auch dann, wenn er es oft nicht will oder aber sich dessen nicht bewußt ist. Hier beginnen die Erwartungen, welche die Gewerkschaftsjugend an die Nutzung aller Möglichkeiten für die Zukunft knüpft, die sich ja auch im Absatz 3 des Kataloges der Forderungen des Antrages 12 an den letzten Kongreß erkennen lassen.

Befürchtungen in dem Sinne, daß Kontakte in der gleichen Weise nicht wirkungslos auf die Gewerkschaftsjugend bleiben würden, sind berechtigt. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß politisch in freiheitlichem Sinne gebildete Jugend den Ideen des Kommunismus verfällt. Vorbeugend muß aber die Absicherung getroffen werden, welche im Absatz 3 des neuen Textes Antrag 12 erwähnt ist. Die Auswahl von Jugendfunktionären müßte mit Sorgfalt und großem Verantwortungsbewußtsein getätigt werden.

Die Überlegungen der Gewerkschaftsjugend in dieser Richtung mögen die Ausrichtigkeit ihres Vorhabens beweisen.

VI.

Selbst dann, wenn „die verantwortlichen Großmächte“ auf dem Wege einer friedlichen Politik — und nur eine solche kann in Frage kommen angesichts der Bedrohung der menschlichen Existenz — eine Wiedervereinigung zustande brächten, könnte die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht umgangen werden, erst recht dann nicht, wenn der allgemeine Wohlstand der Bundesrepublik nicht mehr einer allgemeinen Bedürftigkeit der Bevölkerung Mitteldeutschlands entgegengesetzt werden kann. Selbst dann also, wenn eine Wiedervereinigung sich ergeben würde, wären die Vorbereitungen von selten des freiheitlichen Westdeutschlands von außerordentlichem Wert.

Die hier aufgeführten Feststellungen sollen keinesfalls die Folgerung zulassen, die Gewerkschaften hätten nichts Wesentliches für die Wiedervereinigung geleistet. Die Diskussion kann lediglich um die Steigerung ihrer Leistungen in dieser Frage stattfinden und um die Methoden, deren man sich in Zukunft bedienen will. Die Bemühungen westdeutscher Gewerkschaften um einen höheren Gerechtigkeitsgehalt unserer freiheitlichen Demokratie und der eng damit verknüpften demokratischen Verteilung wirtschaftlicher und politischer Macht zeichnen sie als die Organisation Westdeutschlands aus, die schon jetzt die wesentlichsten Anstrengungen zugunsten der Wiedervereinigung gemacht hat. Das gleiche gilt für den Sektor der politischen Bildung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat somit das Recht, sowohl an den Staat als auch an diejenigen, welche durch unsere gemeinsamen freiheitlichen Ordnungsprinzipien unermesslich reich geworden sind, die Forderung zu stellen, dem politischen Verstand den Vorrang zu geben gegenüber allen kurzfristigen, egoistischen, gewinnstreberischen Einstellungen.

In diesem Zusammenhang darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Verteidigungswert der freiheitlichen Demokratie nur im Ausmaß ihres Gerechtigkeitsgehaltes begründet ist und daß nicht die Masse des Kapitals kleiner Bevölkerungsschichten die freiheitlichen Ordnungsprinzipien verteidigen wird, selbst dann nicht, wenn sich in ihren Händen das mächtige Industriepotential befinden wird. Die Freiheit wird verteidigt durch alle Mitglieder der Gesellschaft. Es kommt also in Zukunft auf die breitesten Schichten der Arbeitnehmer an. In diesem Zusammenhang ist die Bemerkung *Ludwig Rosenbergs*, daß die Sicherheit der Freiheit in der Zukunft nicht Kanonen sein werden, besonders erwähnenswert.

Allgemeine Äußerungen zur Wiedervereinigung reichen nicht aus. Der Wahrheitsgehalt aller Erklärungen zur Wiedervereinigung beweist sich in unserem Mut, uns mit den bestehenden Tatsachen auseinanderzusetzen. Dieser Mut wird, wenn entsprechend gehandelt wird, zu der Erkenntnis führen, daß die Wiedervereinigung eine neue gesellschaftspolitische Synthese hervorbringen wird. In welchem Verhältnis dabei die extremen Elemente erhalten bleiben, ist von der Entwicklung zur Wiedervereinigung hin abhängig. Man wird über vieles sprechen müssen. Über eines können westdeutsche Bürger und auch Politiker nicht sprechen: über den Verzicht auf das grundsätzliche Prinzip der freiheitlichen Demokratie. Das Streben des Menschen wird immer wieder die Freiheit sein, weil sie das einzige ist, was Ordnungsprinzipien hervorbringen kann, welche dem Menschen die ihm zukommende Würde lassen und auch die Möglichkeit geben, sich in weitestgehendem Maße schöpferisch zu entfalten. Die Geschichte zählt nicht nur nach Tagen oder Jahren, sie zählt auch nach dem Aufwand schöpferischer Tätigkeit des Menschen zum Zweck des Fortschritts. Je stärker dieselbe aktiviert wird, um so kürzer wird die Zeit, in der immer größerer Fortschritt erzielt wird. Das ist nicht nur für die Entwicklung der Technik gültig.

WIEDERVEREINIGUNG — PROBLEM DER JUGEND

Das Verlangen nach der Wiedervereinigung muß die Herausforderung an den Geist des Menschen, an alle seine Tugenden sein. Wenn es eine Zeit gibt, die der Persönlichkeiten bedarf, um die Existenz der Menschheit gemeinhin zu sichern, so ist dies die unsere. Das Denken in den engen Grenzen des Vaterlandes ist heute nicht mehr zweckmäßig. Das Protzen mit Macht und das Vertrauen auf Waffen birgt die Gefahr in sich, zum Wahnsinn der Selbstvernichtung zu führen. Des Menschen Geist muß neue Maße finden, um den Fortschritt in der Technik, auch den der Vernichtungstechnik kontrollieren und beherrschen zu können. Er wird auch auf viele klassische Lösungen von Problemen verzichten und neue Wege suchen müssen. Mit der Lösung des Problems der Ermöglichung menschlichen Lebens im All oder auf dem Mond ist der Menschheit erst dann gedient, wenn die Möglichkeit menschlicher Existenz auf der Erde gesichert ist. Die Jugend will in einer freien und glücklichen Zukunft leben. Sie will heute beginnen, sich diese Zukunft zu ermöglichen, zu erkämpfen. Sie will nicht dem Kommunismus dienen, sondern ihn überwinden. Die Gewerkschaftsjugend nimmt nicht für sich in Anspruch, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Sie will aber ihre Überlegungen ernst genommen wissen. Sie fühlt sich dann ernst genommen, wenn ihre Beiträge helfen können, über die Diskussion den richtigen Weg zu finden. Wie gut könnten sich Taten- drang der Jugend und Weisheit des Alters paaren zur erfolgreichen Tat.